

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. Heinz König, Universität Mannheim
Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Alfred Kieser, Universität Mannheim
Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h. c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.
Geschäftsführer: Dr. Horst Kräger, Universität Mannheim
Schriftführer: Dr. Winfried Pohlmeier, Universität Mannheim
Geschäftsstelle: Seminargebäude A5, D-6800 Mannheim 1, Tel. (06 21) 2 92 -34 57/27 27

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Ausschuß für Wirtschaftspolitik

Die Tagung 1991 fand am 13. und 14. März in Marburg statt und stand unter dem Generalthema „Wirtschaftspolitische Probleme der Integration der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik“.

Referat von Prof. Dr. *Alfred Schüller* (Marburg): „Probleme der wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands. Konkurrierende Menschenbilder und Staatsverständnisse im Angleichungsprozeß“.

Das Hauptproblem der wirtschaftlichen Wiedereingliederung der ehemaligen DDR wird in folgender Frage gesehen: Wie kann verhindert werden, daß bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, die zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland ergriffen werden, staatliche Interventionen vordringen können, durch die die Zielerreichung unnötig erschwert, verzögert oder gar verhindert wird? Es besteht die Gefahr, daß die mit der wirtschaftlichen Vereinigung unvermeidlich verbundenen staatlichen Lenkungs- und Finanzierungsaufgaben in ein „Chaos punktueller Eingriffe“ führen. Werden die in der Übergangszeit notwendigen Formen der sozialen Integration weniger subsidiär, sondern mehr substitutiv (durch Einkommensangleichung mittels Subventionen, Transferzahlungen etc.) zur Geltung gebracht, so kann das in der Übergangsphase unvermeidlich starke Gewicht dieser sozialen Integrationsformen im politischen Prozeß seinen Charakter als Notmaßnahme einbüßen und dazu mißbraucht werden, die substitutive Variante der sozialen Integration grundlegend zu verankern. Im Streit um das Verhältnis von ökonomischer und sozialer Integration im Angleichungsprozeß spiegeln sich im wesentlichen die unterschiedlichen Auffassungen über die Stellung des Menschen und die Aufgabe des Staates in der Wirtschaft wider. Die Transformations- und Integrationsproblematik wirft also lediglich ein neues Licht auf alte Probleme unserer Wirtschaftspolitik.

Referat von Prof. Dr. *Detlef Lorenz* (Berlin): „Konsequenzen für den deutschen Außenhandel aus der Integration West- und Ostdeutschlands“.

Allein schon als Konsequenz aus banalen Größenordnungen ergibt sich, daß sich die bei weitem gewichtigere Teilregion mit ihrem System (die ehemalige Bundesrepublik) durchsetzen muß. Aus der plausiblen These von dem Aufgehen der kleinen in der großen Einheit kann dann spezieller auch gefolgert werden, daß sich die zukünftigen komparativen Vorteile in Richtung auf die Verhältnisse der Bundesrepublik entwickeln werden. Jedenfalls steht fest, daß die DDR nicht nur ihre Produktionsanlagen modernisieren muß, sondern auch einen erheblichen sektoralen Strukturwandel vor sich hat. Hinter dieser These verbergen sich zwei weitere Problembereiche. Zum einen ist danach zu fragen, welche Rolle bei dieser Assimilation „Altlasten“ aus den alten Außenhandelsbeziehungen in Gestalt besonderer Strukturen und „Errungenschaften“ spielen mögen. Wichtiger als Altlasten und ihr eventuelles Ein- und Fortwirken sind wohl zum anderen die Konsequenzen aus neuen Standortbedingungen. Wie wird sich der „Zugewinn“ Ostdeutschland insbesondere auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland im europäischen Wirtschaftsraum und in der Weltwirtschaft auswirken? Ist es überhaupt ein Zugewinn, wann kommt er zum Tragen? Werden diese Aspekte detaillierter analysiert, dann führt dies bezüglich des deutschen Außenhandels zu der These: Es wird zu keinen nennenswerten Veränderungen der westdeutschen Strukturen kommen, wohl aber zu einer Stärkung des Wettbewerbspotentials Gesamtdeutschlands in einem größeren deutschen und europäischen Wirtschaftsraum.

Diskussion zu den Referaten:

In der Diskussion spielte insbesondere die Frage eine Rolle, inwieweit durch die Übernahme des Rechts- und Wirtschaftssystems der ehemaligen Bundesrepublik die Chance versäumt worden ist, Ostdeutschland einen ordnungspolitischen Vorsprung einzuräumen. Von ostdeutschen Kollegen wurde dagegegehalten, daß keine Zeit bestünde, „Marktwirtschaft zu suchen“. Zumindest in der gegenwärtigen Phase müsse der Staat eine größere Rolle als in normalen gemischten Marktwirtschaften spielen. Etwas anderes ließe der sozial-psychologische Zustand der Bevölkerung nicht zu. Dagegen wurde eingewandt, daß der Einbruch in der Beschäftigung nicht so überraschend gekommen sei wie vielfach dargestellt. Allerdings sei ein totales Versagen in „wirtschaftspolitischer Pädagogik“ festzustellen. Insbesondere bestände der Fehler darin, daß die Politiker sich wie in einem Wohlfahrtsstaat verhielten. Worauf es allerdings ankäme, wäre gerade eine Deregulierung, da diese letztlich die Beseitigung künstlicher staatlicher Angebotsverknappungen bedeute.

Angesichts der Entwicklung in Osteuropa wurde Skepsis gegenüber der Zukunft des Osthandels geäußert. Einigkeit bestand darin, daß diese Zukunft entscheidend von Art und Länge des Transformationsprozesses in den osteuropäischen Ländern abhinge.

Referat von PD Dr. *Peter Bofinger* (Stuttgart): „Geld- und Kreditpolitik nach Bildung der deutschen Währungsunion“.

Im ganzen gesehen kann man aus geldpolitischer Sicht und unter den gegebenen politischen Zwängen das Experiment der Währungsunion durchaus als einen Erfolg bezeichnen. Die Geldwertstabilität in der Bundesrepublik, die Ankerrolle der D-Mark im EWS wie auch ganz allgemein das internationale Vertrauen in die deutsche Währung und die Politik der Bundesbank sind davon in keiner Weise beeinträchtigt worden. Zuvor bestehende Ungleichgewichte innerhalb des EWS konnten bei unveränderten Paritäten sogar merklich reduziert werden. Der Preis, den die Bundesbank

dafür zu leisten hat, ist eine auf längere Sicht nicht geringe Unsicherheit bei der Vorgabe von Geldmengenzielen und damit zwangsläufig auch bei ihrem laufenden geldpolitischen Management.

Referat von Prof. Dr. *Renate Neubäumer* (Frankfurt): „Der ostdeutsche Arbeitsmarkt – Bestandsaufnahme und Ansatzpunkte einer auf mehr Beschäftigung ausgerichteten Wirtschaftspolitik“.

Die Struktur des ostdeutschen Arbeitsangebotes nach Qualifikation, Wirtschafts- und Tätigkeitsbereichen unterscheidet sich von der westdeutscher Arbeitnehmer deutlich. Das derzeitige Potential rentabler Arbeitsplätze reicht bei weitem nicht aus, um allen Arbeitssuchenden eine Beschäftigung zu bieten. Inwieweit und vor allem wie schnell es gelingt, das Produktions- und Arbeitsplatzpotential durch Investitionen auszubauen, hängt neben der Lohnentwicklung und der Qualifizierung der Arbeitskräfte wesentlich vom Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur ab. Um eine hohe friktionelle und strukturelle Arbeitslosigkeit zu vermeiden, gilt es, das vorhandene arbeitsmarktpolitische Instrumentarium zu fördern und mehr Flexibilität und Mobilität und vor allem mehr Qualifizierung gezielt einzusetzen.

Diskussion zu den Referaten:

In der Diskussion zum zweiten Referat spielt insbesondere die Frage eine Rolle, wie ergiebig eine Arbeitsmarktpolitik sein kann, wenn die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht angemessen sind. Insbesondere wurde kritisiert, daß in der Analyse die Mengenbetrachtung sehr stark in den Vordergrund gerückt worden wäre, der Lohnpolitik sowohl hinsichtlich Höhe als auch Differenzierung nicht genügend Beachtung geschenkt worden sei.

Referat von Prof. Dr. *Helmut Gröner* (Bayreuth): „Energiepolitik in den neuen Bundesländern“.

Die Energiewirtschaft hat sich in den alten und in den neuen Bundesländern höchst unterschiedlich entwickelt, so daß die Strukturen sich heute in allen Belangen und beileibe nicht nur in den ordnungspolitischen Grundlagen erheblich unterscheiden. Die Hauptaufgabe für einen marktwirtschaftlichen Neuanfang in den neuen Bundesländern besteht auch für die Energiepolitik darin, die bisherige Unterdrückung der Marktcoordination über freie Preise zu beseitigen und möglichst wettbewerblichen Marktprozessen zum Durchbruch zu verhelfen. Mittlerweile ist aber ein fast beliebiger Einsatz von versorgungswirtschaftlichen Wettbewerbsbeschränkungen für energiepolitische oder andere wirtschaftspolitische Eingriffe zu verzeichnen. Wettbewerbsüberlegungen scheinen in den Hintergrund gedrängt. Es überrascht schon, warum man gerade in der ehemaligen DDR auf öffentliche Unternehmen sowie auf staatliche Markt- und Wirtschaftslenkung zurückgreift und warum die alten Bundesländer ihnen auch noch dazu raten, obwohl dort eine zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung eben erst abgestellt werden konnte.

Referat von Prof. Dr. *Hartwig Bartling* (Mainz): „Anpassungsprobleme der Agrarwirtschaft in den neuen Bundesländern“.

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und dadurch zugleich zur Europäischen Gemeinschaft gelten die EG-Agrarmarktordnungen – von vorübergehenden Sonderregelungen abgesehen – auch für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Damit wird freilich kein Übergang von der zentralen Planwirtschaft zur unbeflüßten wettbewerblichen Selbststeuerung einer Marktwirtschaft vollzogen; denn der EG-Agrarmarkt ist geprägt von einem komplexen System von Außenschutz- und

Binnenmarktinterventionen mit Stützpreisen, Quotenregelungen, Stilllegungs- und Extensivierungsprämien sowie anderen Beihilfezahlungen. Angesicht der Tatsache, daß vor der Integration der ehemaligen DDR-Landwirtschaft in die EG die Selbstversorgung bei den wichtigsten Nahrungsmitteln sowohl in der EG als auch in den neuen Bundesländern erreicht bzw. teils sogar überschritten war, ist politisch zu erwarten, daß im Rahmen und mit Hilfe des EG-Marktordnungssystems die hinzugekommene Landwirtschaft Produktionschancen in Höhe des Bedarfs in den neuen Bundesländern haben wird. Gravierende Anpassungsprozesse sind allerdings dadurch zu erwarten, daß sich die Arbeits- und Flächenproduktivitäten annähern werden. Daraus resultiert das Problem, daß im Zuge der Umstrukturierung der Landwirtschaft eine erhebliche Zahl an Arbeitskräften freigesetzt werden wird.

Diskussion zu den Referaten:

In der Diskussion nahm die Frage einen breiten Raum ein, welche Aussagefähigkeit die verschiedenen Produktivitätsmaße (Flächenproduktivität, Arbeitsproduktivität usw.) in der Landwirtschaft haben und welche Folgerungen hieraus zu ziehen seien. Auch stelle sich die Frage, inwieweit Flächen in der ex-DDR „ausgemustert“ werden müßten und ob es gelingen könnte, Gesamteuropa in diese Überlegungen mit einzubeziehen. Die Frage nach den Produktivitätsunterschieden spielte auch im energiepolitischen Bereich eine Rolle. Der Energiesektor in der ex-DDR war sowohl hinsichtlich Technik als auch Arbeitsleistung wie auch an anderen Indikatoren gemessen unzureichend.

Die nächste Sitzung wird am 18. und 19. März 1992 in Hamburg zu beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Problemen stattfinden.

Prof. Dr. Erhard Kantzenbach, Hamburg

Ausschuß für Entwicklungsländer

Vom 30. 5. bis zum 1. 6. 1991 tagte der Ausschuß in Bonn. Zur Diskussion stand das Thema „Entwicklung und Umweltschutz“. Mit der Wahl dieses Themas trug der Ausschuß der Tatsache Rechnung, daß sowohl armutsbedingte als auch wachstumsbedingte Umweltschäden in Entwicklungsländern ein besorgniserregendes Maß angenommen haben und in vielen Fällen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Frage stellen. Neben den nationalen Umweltproblemen der Entwicklungsländer sind es aber auch globale Umweltschäden, die zu einer Klärung des Verhältnisses zwischen Entwicklung und Umweltschutz zwingen.

In einem ersten Referat beschäftigte sich Frau Dr. *Schubert* / Tübingen mit dem Problem der Unsicherheit in der Umwelt- und Ressourcenökonomie. Das „klassische“ Entscheidungsmodell geht von sicheren Erwartungen aus – eine im Bereich des Umwelt- und Ressourcenschutzes problematische Annahme. Frau Schubert stellte mehrere Modelle einer Entscheidung unter Unsicherheit vor und betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Reversibilität von Handlungsalternativen.

In einem zweiten Referat beschäftigte sich Prof. Dr. *Schäfer* / Hamburg mit Lehren aus der Bhopal-Katastrophe. Ausgehend von den speziellen Bedingungen dieses Unfalls zeigte er auf, wie unterschiedliche rechtliche Regelungen den für die Beteiligten jeweils optimalen Schadensvorsorgeaufwand beeinflussen. Die beiden Alternativen Verschuldens- oder Gefährdungshaftung gegenüberstellend kam er zu dem Ergebnis, daß eine Gefährdungshaftung eher zu einem gesamtgesellschaftlich opti-

malen Vorsorgeaufwand führt. Zudem seien bei grenzüberschreitenden Kapitalströmen mit hohem Gefahrenpotential im Rahmen des internationalen Rechts Regelungen zu finden, die die Verpflichtungen des kapitalimportierenden und des kapitalexportierenden Landes festlegen.

Prof. Dr. *Altmann* / Münster und (im Rahmen eines Koreferates) Dr. *Langhammer* / Kiel befaßten sich mit dem Problemereich „Umweltschutz und internationaler Handel“. Betrachtet man die beiden alternativen Verwendungsmuster des Gutes Umwelt als Konsumgut oder als Produktionsfaktor („Senke“), dann läßt sich ökonomisch begründen, daß jene Länder „umweltintensive“ Produktionen wählen sollten, die relativ reichhaltig mit dem immobilien Faktor Umwelt ausgestattet sind. Die Umweltbelastungsfähigkeit wird damit zum Standortfaktor. Bei grenzüberschreitenden Umwelteffekten ist diese Spezialisierungsvorschrift nicht mehr aufrechtzuerhalten. *Altmann* diskutierte ferner die außenhandelsrechtlichen Regelungen, die den Warenverkehr mit umweltgefährdenden Gütern zu ordnen versuchen.

Dr. *Harborth* / Aachen widmete sich in einem empirisch orientierten Referat dem Ausmaß der Umweltzerstörung in Entwicklungsländern. Arme in Entwicklungsländern sind häufig dazu gezwungen, ihre natürliche Umwelt übermäßig zu nutzen und damit ihre eigene Lebensgrundlage oder die anderer Menschen zu zerstören. Insofern können Umweltschutzstrategien nur im Einklang mit Strategien zur Armutsbekämpfung wirksam werden. Maßnahmen zur Verringerung des Bevölkerungsdrucks und zur Entwicklung des ländlichen Raums spielen dabei eine besonders wichtige Rolle. In einem Koreferat zu dem Referat von Dr. *Harborth* ging Dr. *Uhlig* / Bochum vor allem auf die Bedeutung der Ordnungs- und Strukturpolitik ein.

Prof. Dr. *von Urff* / Weihenstephan arbeitete in seinem Referat die Bedingungen für eine „nachhaltige“ (sustainable) Agrarproduktion heraus und betonte, daß „Sustainability“ in einem dynamischen Sinne interpretiert werden müsse. Eine nachhaltige Agrarproduktion muß auch die Anpassung an sich wandelnde und aufgrund des Bevölkerungswachstums steigende Bedürfnisse umfassen. Prof. Dr. *Körner* / Darmstadt ergänzte diese Ausführungen in einem Koreferat.

In den beiden Referaten von Prof. Dr. *Simonis* / Berlin und Dr. *Amelung* / Kiel wurden globale, von Entwicklungs- wie Industrieländern verursachte Umwelteffekte angesprochen. Prof. Dr. *Simonis* beschäftigte sich in seinem Referat mit den notwendigen Schritten zu einer globalen Klimakonvention. Nach einem kurzen Überblick über die derzeit verfügbaren Daten skizzierte er die verschiedenen bisher diskutierten Ansätze einer globalen Umweltpolitik. Am Beispiel der Bemühungen um eine globale CO₂-Reduktion zeigte er alternative Lösungsansätze und -modelle auf. Diese unterscheiden sich nicht allein hinsichtlich der Geschwindigkeit und des Ausmaßes der globalen Reduktion, sondern auch hinsichtlich der Verteilung der Anpassungslasten auf Nord und Süd. Unbestritten ist, daß die notwendigen Wachstumsprozesse in Entwicklungsländern eine absolute Ausweitung ihrer Emissionen verursachen werden. Dr. *Amelung* diskutierte in seinem Referat das Konzept der Zahlung von Kompensationen für Entwicklungsländer bei deren Verzicht auf die Nutzung natürlicher Ressourcen (wie etwa tropischer Regenwälder). Kompensationszahlungen sind dann als ökonomisch sinnvoll zu erachten, wenn ein Nutzungsverzicht auf nationale Ressourcen positive Auswirkungen auf die globale Umweltqualität besitzt. Die verschiedentlich angewandten „debt-for-nature-swaps“ stellen erste Schritte in Richtung solcher Kompensationsleistungen dar, aber eine umfassende institutionalisierte Regelung steht noch aus. In seinem Koreferat machte Prof. Dr. *Lachmann* / Mainz deutlich, daß die Implementierung eines solchen Konzeptes noch der Klärung einer Reihe theoretischer und praktischer Fragen bedarf.

Mit der Möglichkeit, die Umweltschutzanstrengungen von Entwicklungsländern im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Industrieländer zu unterstützen, befaßte sich PD Dr. *Bohnet* / Bonn. Er nannte folgende Ansatzpunkte einer ökologisch orientierten Entwicklungszusammenarbeit: a) globale Umweltschutzinitiativen, b) die Unterstützung nationaler Umweltschutzaktivitäten (z.B. auch im Rahmen ökologisch konditionierter Schuldenstreichungen), c) Einzelprojekte des Umwelt- und Ressourcenschutzes, d) die Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit.

Prof. Dr. *Hammel* / Frankfurt zeigte am Beispiel der Elfenbeinküste auf, welches die Ursachen der drastischen Verringerung der Waldbestände in diesem Land sind. Zumindest in diesem Fall ist ein enger Zusammenhang mit der verfolgten Exportstrategie nicht zu leugnen. Prof. Dr. *Hemmer* / Berlin beleuchtete die Möglichkeiten der personellen Zusammenarbeit und zeigte auf, in welcher Form die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung zur verstärkten Berücksichtigung des Umweltschutzes in Entwicklungsländern beitragen kann.

Die Tagung vermittelte durch die Vielzahl der angesprochenen Themen einen Eindruck von der Komplexität internationaler wie entwicklungsländerspezifischer Umweltprobleme. Daß der Diskussionsprozeß zu diesem Thema noch lange nicht abgeschlossen ist, kommt auch in der Entscheidung des Ausschusses zum Ausdruck, die nächste Jahrestagung dem gleichen Thema zu widmen. Die Jahrestagung 1992 soll vom 18. - 20. Juni in Darmstadt stattfinden.

Prof Dr. Hermann Sautter, Frankfurt a. M.

Ausschuß für Ökonometrie

Wie in den letzten Jahren fand auch dieses Mal die Sitzung des Ausschusses in Schloß Rauschholzhausen, Tagungsstätte der Justus-Liebig-Universität Gießen, vom 6. 3. bis 8. 3. 1991 statt. Für die Vermittlung des Tagungsortes ist der Ausschuß Herrn Prof. Dr. *Horst Rinne*, Universität Gießen, sehr zu Dank verpflichtet.

An der Tagung nahmen 22 Mitglieder und 4 Gäste des Ausschusses teil. Ein Generalthema war nicht vereinbart worden.

Herr Prof. Dr. *Klaus Conrad* (Universität Mannheim) sprach über „Nachfrage nach dauerhaften und nicht dauerhaften Gütern, Umweltpolitik und Konsumentenwohl-fahrt“. Das Ziel der Arbeit lag darin, verschiedene Vorschläge in der Energie- und Umweltpolitik hinsichtlich ihrer Wohlfahrts- und Verteilungseffekte auf unterschiedliche Haushaltstypen zu bewerten. Hierzu wurden für drei Haushaltstypen ausgehend von einem „almost ideal demand system“ Nachfragesysteme für nicht dauerhafte Güter geschätzt, in die die Effekte der dauerhaften Güter integriert wurden.

Herr Prof. Dr. *Helmut Lütkepohl* (Universität Kiel) stellte in seinem Vortrag ein selbstentwickeltes „Computerprogramm zur Analyse multipler Zeitreihen“ vor. Das Programm ist menuegesteuert und in GAUSS geschrieben. Das Ziel des ursprünglich für die Lehre konzipierten Programmpaketes ist die Prognose und Strukturanalyse auf der Basis von vektorautoregressiven Prozessen. Bei der Spezifikation der Modelle können a priori Null Restriktionen, reduzierter Rang und multiple Kointegrationsbeziehungen berücksichtigt werden.

Herr Prof. Dr. *Olaf Hübler* (Universität Hannover) als Gastreferent sprach über „Lohneinkommen und Gewinnbeteiligung – eine mikroökonomische Analyse“. In diesem Vortrag wurde die Frage, ob Gewinnbeteiligung und Löhne Substitute sind

mit Hilfe von Daten des sozioökonomischen Panels untersucht. Dabei wurden Selektionsmodelle, einfache und simultane Probit- und Tobitmodelle sowie Paneldatenmodelle herangezogen. Zur Absicherung der Ergebnisse wurde eine Reihe von Spezifikationsstests durchgeführt.

Das Referat des zweiten Gastes, Herrn Dr. *Karl-Heinz Tödter* (Deutsche Bundesbank) hatte das Thema „Schätzung interdependenter Modelle mit Instrumentvariablen“. Nach einem historischen Rückblick wurde die Instrumentvariablen-Methode in allgemeiner Form dargestellt. Insbesondere wurde der strukturelle Instrumentvariablen-Ansatz als praktikables Verfahren zur konsistenten Schätzung großer, nichtlinearer Systeme vorgestellt und mit einem Verfahren, bei dem die Instrumente über eine Schätzung der unrestringierten reduzierten Form bestimmt wurden, verglichen.

In dem Vortrag von Herrn Prof. Dr. *Franz Palm* (Universität Limburg) ging es um „Modelle zur Erklärung der Dauer der Arbeitslosigkeit in Holland“. Als Grundmodell wurde ein proportionales Hazardmodell mit vier verschiedenen funktionalen Formen unterstellt. Zwei unterschiedliche Techniken zur Korrektur unbeobachteter Heterogenität wurden benutzt. Die besten Ergebnisse lieferte eine semiparametrische Hazardspezifikation mit einer parametrischen (Gammafunktion) Heterogenitätskorrektur.

Herr Prof. Dr. *Reinhard Hujer* (Universität Frankfurt) sprach über „Schätzung dynamischer Arbeitsangebotsmodelle. Eine mikroökonomische Analyse mit Daten des sozio-ökonomischen Panels“. In diesem Vortrag wurde ein Lebenszyklusmodell des Arbeitsangebotes unterstellt und „random-effects“ versus „fixed effects“ Tobit-Modelle diskutiert und damit das Arbeitsangebotsverhalten verheirateter Frauen auf der Basis von vier Wellen des sozio-ökonomischen Panels geschätzt. Es wurden auch regionale ökonomische Indikatoren bei der Schätzung berücksichtigt, um damit den Unterschieden zwischen regionalen Arbeitsmärkten Rechnung zu tragen.

Das Thema des Vortrages von Herrn Prof. Dr. *Peter Kugler* (Universität Bern) lautete „Außenhandel und technischer Fortschritt: Empirische Ergebnisse der Schätzung von BSP-Funktionen“. Es ging dabei um die Erfassung der Wirkung des Außenhandels auf den technischen Fortschritt und das Wachstum der Schweiz. Für jährliche Daten von 1960 bis 1988 wurde ein Input-Nachfrage- (Importe, Arbeit und Kapital) und ein Output-Angebotssystem (Exporte, inländische Verkäufe) in translog Form geschätzt.

Herr Prof. Dr. *Peter Kuhbier* (Freie Universität Berlin) stellte in seinem Vortrag „Chaotisches Verhalten in ökonomischen Zeitreihen?“ zunächst typische Charakteristika chaotischer Phänomene dar. Danach ging er der Frage nach, wie eine Klasse von ökonomischen Modellen aussehen müßte, die auf chaotisches Verhalten führt. Schließlich wurden statistische Maßzahlen präsentiert, die die Möglichkeit bieten sollen zwischen chaotischem und stochastischem Verhalten zu diskriminieren.

Auf der Mitgliederversammlung wurde Herr Prof. Dr. *Gerd Hansen*, Universität Kiel, als neuer Ausschußvorsitzender gewählt. Der Ausschuß besteht z. Z. aus 50 Mitgliedern. Die nächste Sitzung findet – ohne Vorgabe eines Generalthemas – vom 18. bis 20. März 1992 wiederum in Schloß Rauischholzhausen statt.

Prof. Dr. Jürgen Wolters, Berlin